



## Von der Leyen knickt bei Leiharbeit ein

**Pressemitteilung von Werner Dreibus, Jutta Krellmann, 22. Juni 2010**

**"Der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesarbeitsministerin zur Neuregelung der Leiharbeit greift viel zu kurz, als dass er die Ungerechtigkeit in der Leiharbeit beseitigen könnte", so Werner Dreibus, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, am Rande eines Hearings zum Thema Leiharbeit, zu dem DIE LINKE Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie zahlreiche Betriebsräte eingeladen hatte.**

Jutta Krellmann, Sprecherin der Fraktion für Arbeit und Mitbestimmung, ergänzt: "Der Gesetzesentwurf ist absolut unzureichend. Auch nach der Neuregelung wird es viele Schlupflöcher für massenhafte Lohndrückerei und unwürdige Arbeitsbedingungen geben. Ursula von der Leyens Vorschläge verhindern nur die wenigsten Fälle von Ausbeutung und Trickserei. Weiterhin können Belegschaften durch Dumpinglöhne gespalten und Stammarbeitskräfte durch billigere Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ersetzt werden. Die Ministerin knickt hier vor den Geschäftsinteressen der Leiharbeitsbranche und der

Großindustrie ein. Und sie verweigert den Betroffenen den notwendigen gesetzlichen Schutz."

Werner Dreibus: "Eine wirkungsvolle Begrenzung der Leiharbeit ist dringend notwendig. Wer nicht will, dass sich Leiharbeit weiter als Dumping-Spirale für den Arbeitsmarkt erweist, muss das Prinzip ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ umsetzen. DIE LINKE wird im Bundestag auf entsprechende gesetzliche Korrekturen drängen."